

# AK-BE-Rundbrief

3. Ausgabe - Januar 2009



Karikatur aus der taz vom 02.01.09

**Farbe statt Bildung?  
Schwerpunkt:  
Konjunkturpaket 2 und Bildung  
Seite 2 ff.**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wieder einmal werden im Namen der Konjunkturbelebung sinn- und konzeptlos Milliardenbeträge verpulvert - diesmal noch bereichert um den pikanten Akzent vorgeblicher Wohltaten für das Bildungswesen. Selbst der Berliner Senator Zöllner entblödet sich nicht, vom endlich stattfindenden "Einstieg in die Bildungsoffensive" zu reden. Klar ist dagegen, dass die Gelder des zweiten Konjunkturpakets, so sie den Sektor Bildung überhaupt erreichen, allenfalls zur Gebäudesanierung aufgewandt werden. Weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht sind Verbesserungen in Bezug auf die gravierenden strukturellen und inhaltlichen Mängel des Bildungswesens zu erwarten. Diesem Thema sind in diesem Rundbrief die Beiträge des ersten Schwerpunkts gewidmet.

Zwei weitere Beiträge beziehen sich auf Privatisierungsaspekte: In einem Interview äußern sich die Bundesgeschäftsführerin des Verbands Deutscher Privatschulverbände, Julia Schier, und der Essener Bildungsforscher, Professor Dr. Klaus Klemm zur wachsenden Anzahl privater Schulen. In einem schon älteren, dennoch aber hochaktuellen Artikel zieht Horst Bethge eine "Bilanz der Privatisierungspolitik im Bildungsbe- reich".

Von den NRW-Initiativen, die unter der gemeinsamen Forderung "eine Schule für alle" kooperieren, kommen die beiden folgenden Grundsatzartikel - die "Eckpunkte für eine zukunftsfähige Schulpolitik" und die Leitlinien des Bündnisses.

Im letzten Beitrag führt Marius Reiser, Professor an der Uni Mainz, aus, wie er die Hochschulreform des Bologna-Prozesses erlebt und daraus die Konsequenz zieht, seinen Lehrstuhl zu räumen.

Damit ist der Rundbrief wieder recht umfänglich geraten. In der Hoffnung, dass Euch dies nicht abschreckt, sondern Euch schon sehnsüchtig dem Februar-Rundbrief entgegenfiebern lässt, grüßt Euch herzlich



Der Rundbrief kann auch abonniert werden, und zwar unter: [oswaldpannes@gmx.de](mailto:oswaldpannes@gmx.de)  
Der Attac-Arbeitskreis Bildung & Erziehung trifft am 2. und 4. Donnerstag im Monat um 20 Uhr in der Alten Feuerwache, Melchiorstraße 3 (Nähe Ebertplatz) zusammen.

# Schwerpunkt: Konjunkturpaket 2 und Bildung

Fritz Kuhn (Grüne)

## Bundestagsrede

am 14. Januar 2009 (Auszug)

"...An einer Stelle in der Rede von Frau Merkel - sie hat sich verdrückt - ging es um das Thema Bildung und Beton: 'Wir sagen: Wer wirklich in die Zukunft investiert, der muss in Schulgebäude investieren.' Das ist logisch. Aber Bildung ist mehr als Beton. Bildung ist auch die Lehre, die Ausbildung, die Betreuung und die Erziehung. Wer in diesem Bereich nichts tut, wie Sie mit diesem Programm, der kann nicht den Anspruch erheben, er würde in das Zukunftsfeld Bildung investieren. Deswegen sage ich Ihnen klar: Kommen Sie endlich zu einem vernünftigen Investitionsbegriff, der nicht nur die Schulgebäude umfasst, sondern auch das Lehrpersonal, die Hochschullehrer, die Kindergärtner und Kindergärtnerinnen und Erzieher. ..."

Quelle: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/265/265781.konjunkturpaket\\_2.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/265/265781.konjunkturpaket_2.html)



Kommentar in der TAZ vom 31.01.2009:

Christian Füller

## Erst runterwirtschaften, dann abkassieren

Das Konjunkturpaket saniert die Länder. Die Bildung muss warten

Der Fehler steckt in Paragraph 6 des Konjunkturprogramms: "Der Bund stellt die Finanzhilfen den Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung." Die Formel verrät schon in ihrer holprigen Syntax, was mit den Steuermilliarden geschehen wird: Sie werden nicht etwa die Konjunktur ankurbeln, sondern die Bundesländer pudern.

Klar, ein Konjunkturpaket ist eine komplexe Angelegenheit. Es soll wirken wie ein großes Weihnachtsgeschenk. Alle müssen was davon haben - und zwar so schnell und so lange wie möglich. In Politikersprech: Es muss kurzfristig *und* nachhaltig sein. Nur sind dafür die Länder der ungeeignetste Akteur. Man sehe sich nur das vielleicht wichtigste Feld des Konjunkturprogramms an: die Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Erst haben die Länder sie runtergewirtschaftet, jetzt kriegen sie zur Belohnung Sanierungsgeld.

Das Problem lässt sich stellvertretend an den deutschen Schulen sehen - und riechen! Sie sind unappetitlich, besonders die Klos gelten als No-go-Areas. Den Schulen mangelt es an Kurzzeitpersonal, und sie sind technisch hoffnungslos veraltet. Das Konjunkturpaket lässt das Geld aber ausschließlich in die (Farb)töpfe statt in die Köpfe fließen - und das auch noch zu langsam. Denn sowohl die Länderfinanzminister als auch die Kämmerer der Kommunen haben bereits erklärt: Schneller Mittelabfluss wird schwierig.

Man muss sich nicht wundern, dass die Wegelagerer namens Städte und Länder Geld nicht gern investieren, das man ihnen einmal in die Hand gegeben hat. Der richtige Adressat wären die Leiter von Kitas, Schulen und Hochschulen gewesen. Sie können am besten beurteilen, was die Orte des Wissens brauchen: frische Farbe, kluge, witzige Dozenten, neue Laptops, moderne Arbeitsmittel. Alles sofort wirksam - für Konjunktur und Köpfe.

Wie hätte man es besser machen können? Die USA zeigen den Weg. Dort gehen nicht kümmerliche 6,5 Milliarden, sondern 150 Milliarden Dollar in die Bildung. Und der Bund gibt sie, trotz noch ausgeprägterem Föderalismus, an diejenigen, die wissen, was es anzupacken gilt.

Quelle: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/erst-runterwirtschaften-dann-abkassieren/>



aus: ZEIT ONLINE 15.01.2009:

**Reinhard Kahl**

## **Schulen erneuern, nicht nur sanieren!**

Ein großer Teil der Milliarden zur Stützung der Konjunktur soll zur Sanierung von Schulen ausgegeben werden. Die Chance, sie zu kultivierten Lebensorten umzubauen.

Nun steht es fest. 8,6 Milliarden Euro fließen aus dem Konjunkturprogramm (50 Milliarden) in die Bildung. Ende eines wochenlangen Hin und Her. Zwischendurch hatte Bildungsministerin Annette Schavan schon mal 15 Milliarden angekündigt. Auch einen Handwerkerutschein von 100.000 Euro pro Schule brachte sie ins Gespräch.

Dabei ist der dringendste Sanierungsbedarf für Schulgebäude in Deutschland inzwischen auf 73 Milliarden angewachsen. Das hat das *Deutsche Institut für Urbanistik* bereits vor der aktuellen Debatte ausgerechnet. So viel wäre nötig, nur um zu verhindern, dass es bald in noch mehr Schulen hinein regnet und dass noch mehr baufällige Treppenhäuser gesperrt werden müssen. Erweiterungen, etwa für Mensen in Ganztagschulen, sind in dieser Riesensumme nicht bedacht.

Es sieht nicht so aus, als ob die Politiker lange nachgedacht und sorgfältig geplant hätten. Wenn es drauf ankommt, gilt für viele von ihnen immer noch die Reihenfolge: Straße, Schiene, Schule. Dass sich jeder Bildungseuro für die Gesellschaft hoch verzinst, ist zu den lobbyanfälligen Landesfürsten noch nicht durchgedrungen. Für jeden in die frühen Jahre investierten Cent gibt es eine Rendite von sage und schreibe 13 Prozent (vgl. dazu den anschließenden Auszug aus einem weiteren Zeit-Artikel von Reinhard Kahl). So viel zu den Maßstäben.

Und dennoch liegt gerade im Unfertigen des Konjunkturprogramms eine große Chance. Denn das politische Halbfertigprodukt muss in kürzester Zeit vor Ort den jeweiligen Umständen angepasst werden. Es könnte dabei mit Ideen zur pädagogischen Kultivierung der Bildungshäuser aufgeladen werden. Ein alle Ausnahmen durchdeklinierendes Vergabe- und Antragsverfahren würden viel zu lange brauchen, und dabei die belebende Wirkung der Konjunkturspritze vereiteln. Deshalb könnte die Ratlosigkeit der Politiker am Ende eine vitalisierte Zivilgesellschaft fördern.

Es gibt Beispiele, die nun Schule machen könnten.

In Herten haben Schüler der Martin Luther Schule auf den Dächern Sonnenkollektoren installiert und zusammen mit einem Polier im Ruhestand einen Fußballplatz angelegt. Dabei wurde die Hauptschule für die Jugendlichen mehr denn je zu ihrer eigenen Schule.

Im bayrischen Wertingen wandelte die Montessorischule ein ehemaliges Möbelhaus in ein "Werkhaus der Generationen" um. Eine Schülermutter, Innenarchitektin, hatte die Idee für den ungewöhnlichen Lernort. Nachmittags arbeiten, spielen und lernen in der offenen Ganztagschule Kinder und Jugendliche zusammen mit Senioren, Handwerkern, Lehrern und Eltern. Dafür hat der Bundespräsident die Schule als einen von "365 Orten im Land der Ideen" ausgezeichnet.

Die Architekturdozentin Susanne Hofmann an der TU Berlin erneuert gemeinsam mit ihren Studierenden (den "Baupiloten") nach Ideen von Kindern, Jugendliche und Pädagogen Schulen und Kitas. Die Baupiloten arbeiten mit Firmen zusammen, aber auch mit Beschäftigungsträgern für arbeitslose Jugendliche oder Werkstätten im Strafvollzug.

Es gilt nicht bloß Fenster auszuwechseln, Wände frisch anzumalen und Fachräume besser auszustatten. Gewiss, auch das. Damit würde aber das Programm nicht über jene Kurzatmigkeit hinauskommen, die global die Krise befördert hat: ökonomisch, ökologisch und längst auch pädagogisch.

Bildungseinrichtungen müssen in starke kulturelle Orte verwandelt werden. Dieser Umbau steht an. Er ist angesichts der Krise noch dringender geworden und er ist den meisten Leuten viel bewusster als den Politikern. Aber dieses grundsätzliche Gefühl ist schwer in Taten umzusetzen. Am Bau einer anregenden Lernumgebung lässt sich die Sache fassen. Die Schule wäre nicht mehr ein Container, in dem Kinder und Jugendliche mit Wissen abgefüllt werden. Es gilt, sie zu kultivierten Lern- und Lebensorten umzubauen.

Der Geist der Schule ist, wie die Finnen sagen, "zwischen den Wänden."

Die meisten Schulen sind allerdings noch als Anstalten fürs Belehren gebaut worden, weniger fürs Lernen. Wie sehen Lernlandschaften aus? Wie sind Räume beschaffen und ausgestattet, die zum Lernen herausfordern? Wie prägt die räumliche Umgebung die Haltung der Kinder und Jugendlichen? Der bald 500 Jahre alte Satz von Francois Rabelais ist im Übergang der Industriegesellschaft zu einer Wissensgesellschaft aktueller denn je: "Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Feuer, die entfacht werden wollen." Vor diesem Horizont sollten wir heute über den Umbau der Schulen nachdenken.

Zur Sanierung der zum Teil maroden Gebäude und zur Stimulierung einer pädagogischen Architektur kommt ein drittes Element hinzu: der überfällige ökologische Umbau. Die Chance wäre, dass Schulen dabei Vorreiter der Gesellschaft werden. Nicht nur durch die Vergabe richtiger Aufträge, etwa von Fotovoltaikanlagen für das Dach. Schüler sollten beteiligt werden und Verantwortung übernehmen. Sie sollten erfahren, dass sie gebraucht werden. Auch pensionierte Handwerker, Eltern oder Nachbarn könnten mit einbezogen werden. Mischformen aus Aufträgen an Firmen und Bürgerarbeit sind denkbar. Auf solche ungewöhnlichen und intelligenten Bündnisse wird es nun ankommen.

Quelle: <http://www.zeit.de/online/2009/03/konjunkturprogramm-bildung>



aus: ZEIT ONLINE 22.10.2008:

## **Reinhard Kahl** **Expedition ins Bildungstal** (Auszug)

.... Schließlich wäre kein Euro für die Bildung verloren. Jeder wird hoch verzinst. Bestraft hingegen wird jeder nicht investierte Euro. Die Berater von McKinsey haben gerade wieder in einer Studie für die Robert Bosch Stiftung nachgewiesen, dass in Deutschland jährlich 50 Milliarden für Schulen, KITAS und Unis fehlen. Werden diese nicht investiert, schätzt McKinsey-Bildungsexperte Nelson Killius, kostet das die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft in den nächsten zwölf Jahren 1,2 Billionen Euro.

Wo liegt also das Problem? Das wird an einem anderen Ergebnis von McKinsey deutlich. Dass man dort einen schwärmerischen Bildungsbegriff hat, wird ja niemand unterstellen. McKinsey hat schon vor einiger Zeit ausgerechnet, dass jeder Euro, der in die frühkindliche Bildung investiert wird, sich für die Volkswirtschaft mit 12 Prozent verzinst. Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft war skeptisch, rechnete nach und kam sogar auf 13 Prozent.

Nehmen wir an, Banken würden seriös eine solche Verzinsung anbieten. Ein Dummkopf, wer sein Geld nicht dorthin brächte. Warum also legt die Gesellschaft, vertreten durch die Politik, ihr Geld nicht auf diese Weise an? Weil wir nicht wirklich daran glauben! Politiker, opportunistisch von Natur, würden dieses Joint Venture mit der Zukunft sofort mitmachen, selbst wenn die Fristen für Renditen weit über die von Legislaturperioden hinausgingen.

Einen Schatz könnte eine Bildungspolitik, vorausgesetzt wir hätten eine, sofort und fast kostenlos heben. Die große Intelligenz der pädagogischen Praxis, dieses riesige Humankapital, das in den Köpfen und Herzen von einer Million Lehrern, Kindergartenpädagogen und anderer Experten des Alltags liegt. Aber eine zentralistisch, bevormundende Bildungspolitik lässt das nicht zu.

Zentralistisch? Haben wir nicht einen Bildungsföderalismus, den die Länder schon im Vorfeld des Gipfels gegen Berlin verteidigen? Nein. Wir haben in Deutschland Bildungszentralismus, und zwar gleich sechzehn Mal. Die Länder machen Bildung zu einem Hackbrett, um sich ein Thema für Wahlkämpfe zu sichern und damit ihre Existenzberechtigung nachzuweisen.

Viel klüger machen es die skandinavischen Länder oder auch das in Provinzen föderal organisierte Kanada. Dort hat man mehr Entscheidungskompetenz an die Kommunen gegeben, diese reichen sie an Schulen und Kindergärten weiter. Vor Ort entsteht so wirksame Verantwortung. Die Zentrale sorgt für Ressourcen und für Konsens in den Grundsätzen, anders als im teutonischen Systemzwang. Und ein drittes Element kommt in diesen Ländern hinzu. Ein wohlwollend interessierter Blick der Gesellschaft auf die Kinder, die Jugendlichen, ihre Lernhäuser und ihre Lehrerinnen und Lehrer. ...



aus: FAZ-NET, 28.01.2009:

Lisa Becker

## **Konjunkturpaket der Bundesregierung Schulinvestitionen ohne langfristigen Wachstumseffekt**

**Investitionen in Schulen führen nicht unbedingt zu besseren Schülern**

05. Januar 2009 Die Bundesregierung bastelt gerade an ihrem zweiten Konjunkturpaket. Dabei steht schon fest, dass einige Milliarden Euro in die Bildung fließen werden. Die Mittel sollen, wie es bisher heißt, vor allem für die Sanierung von Schul- und Hochschulgebäuden ausgegeben werden, aber auch für die Anschaffung neuer Geräte, zum Beispiel für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Für manche ist das ein Anlass zur Freude, schließlich haben sie schon lange mehr Geld für die Bildung gefordert. Andere bezweifeln hingegen, dass die angedachten Investitionen in den Bildungsbereich kurzfristig die Konjunktur stützen und langfristig zu einer höheren Qualifikation der Lernenden führen werden.

Der Bildungsökonom Ludger Wößmann freut sich zwar, dass der Staat auch die Bildung berücksichtigt, wenn er aus konjunkturpolitischen Gründen die Ausgaben erhöhen möchte. Denn während Ausgaben für andere Bereiche oft nur ein Strohfeuer entzündeten oder ins Ausland abfließen, kämen materielle Ausgaben zum Beispiel im Schulbereich zu einem großen Teil der inländischen Nachfrage zugute, erklärt der Professor an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität.

### **Ausbau der frühkindlichen Bildung**

Doch führten solche Ausgaben meistens nicht zu besseren Schülerleistungen. Diese verbessern sich, wie Wößmanns Forschungen zeigen, durch tiefgreifende strukturelle Reformen im Bildungssystem und weniger durch allgemein höhere Ausgaben. Zu den wichtigsten Reformen, die Bildungsökonomien fordern, gehören mehr Autonomie für die Schulen, eine Gleichstellung der freien Schulträger in der öffentlichen Finanzierung, bundeseinheitliche Abschlussprüfungen und eine möglichst späte Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schulformen.

Skeptisch mit Blick auf das geplante Konjunkturpaket ist auch die Bildungs- und Finanzwissenschaftlerin Kerstin Schneider von der Bergischen Universität Wuppertal. Es sei falsch zu glauben, dass das Bildungssystem durch Geld allein besser werde, sagt Schneider. Zum Beispiel müsse in die Förderung sozial Schwacher und in den weiteren Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Ganztagesangebote investiert werden. Deshalb glaubt sie nicht, dass mit einem Konjunkturprogramm kurzfristig viel erreicht werden könne.

### **Kinder bildungsferner Schichten**

Axel Plünnecke, Bildungsforscher im arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, ist dagegen davon überzeugt, dass Investitionen im Bildungswesen rasch Wirkung zeigen könnten. Er empfiehlt dafür aber weitgehend andere Maßnahmen als die von der Bundesregierung bisher ins Gespräch gebrachten. Es sollte in zusätzliche Kapazitäten an den Hochschulen insbesondere in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern investiert werden. Außerdem solle durch einen Ausbau der Kindertagesstätten die Betreuung der unter Dreijährigen weiter verbessert werden. Stärker ausgebaut werden sollte auch das Angebot an Ganztagschulen. So könnte über höhere Bauinvestitionen und mehr Stellen in den Bildungseinrichtungen kurzfristig die Konjunktur belebt werden.

### **Dringend benötigt: Geld für Sanierung der Schulen**

Gleichzeitig könnte aber auch ein höheres langfristiges Wachstum erreicht werden, meint Plünnecke. Denn die Maßnahmen, die allerdings vor allem von den Ländern und Gemeinden ins Werk gesetzt werden müssten, verbessern nach Plünneckes Worten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erhöhen die Erwerbstätigkeit von Frauen, steigern die Qualifikation von Kindern aus bildungsfernen Schichten und verkleinern die Fachkräftelücke in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Die Wirkung von Konsumgutscheinen verpuffe hingegen schnell, meint Plünnecke.

### **„Kein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb möglich“**

Große Hoffnungen in die konjunkturellen Wirkungen von Bildungsinvestitionen setzt die Wirtschaft, selbst wenn nur Gebäude saniert werden. Der Zustand von Schulen und Hochschulen sei mitunter katastrophal, sagt Gerhard Braun, Vizepräsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): „Das beeinträchtigt die Qualität des Unterrichts und die Motivation der Lernenden und der Lehrenden.“

Investitionen in die Gebäude hätten deshalb einen doppelten Effekt: zusätzliche Aufträge für die Unternehmen und eine nachhaltige Investition in die Qualifikation der Menschen. Auch Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), glaubt, dass in den maroden Gebäuden „kein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb“ möglich sei. Die baulichen Maßnahmen müssten aber mit möglichst wenig Bürokratie verwirklicht werden. „Sonst läuft der Ansatz ins Leere.“

### **Quote der Schulabbrecher halbieren**

Blicken die Ökonomen und die Vertreter der Wirtschaftsverbände auf das vergangene Jahr zurück, fällt ihre Bilanz eher verhalten aus - und das, obwohl 2008 das Jahr des von Bundeskanzlerin Angela Merkel vollmundig angekündigten Bildungsgipfels in Dresden war. Bereits zuvor hatte sie „Bildung für alle“ versprochen und auf einer öffentlichkeitswirksamen Bildungsreise durch Deutschland vorbildliche Bildungseinrichtungen besucht. Positiv bewerten die Fachleute, dass 2008 die frühkindliche Bildung über einen Ausbau der Infrastruktur verbessert wurde, auch wenn nach den Worten von Wößmann noch viel im Argen liegt. „Was ist mit der Qualität? Kommt das bei denen an, die es am dringendsten benötigen: den Kindern aus bildungsfernen Schichten?“, fragt der Wissenschaftler.

Ansonsten loben die Experten verhalten, dass dringende Probleme wenigstens in den Blick genommen wurden. So heißt ZDH-Generalsekretär Schleyer gut, dass die Berufsorientierung an den Schulen verbessert und das Interesse von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern frühzeitig geweckt werden soll. BDA-Vizepräsident Braun freut sich außerdem über die geplante Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte ohne Abitur und darüber, dass sich Bund und Länder klar verständigt hätten, die Quote der Schulabbrecher bis 2015 von 8 auf 4 Prozent zu halbieren. Beide bemängeln aber, dass ihre Forderung weitgehend ignoriert werde, die ökonomische Bildung durch ein Schulfach Wirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen zu stärken.

### **„Ich erwarte nichts Konkretes“**

Für Bildungsökonom Ludger Wößmann war der Bildungsgipfel nur eine leere Showveranstaltung; auch kann er nicht erkennen, dass es 2008 wirkliche Reformen im Bildungsbereich gegeben hat. Doch eines hat ihn im vergangenen Jahr ein wenig zuversichtlich gestimmt: Die Ergebnisse der Schülertests hätten zumindest eine leichte Verbesserung der Leistungen gezeigt. Vor allem die Schlusslichter Bremen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg hätten mehr als die Hälfte ihres Bildungsrückstands aufgeholt. „Da sieht man, was allein das Publizieren von Bildungsergebnissen für Anreize auslösen kann“, schlussfolgert Wößmann.

Der Bildungsgipfel Merkels mit den Ministerpräsidenten der Länder hat auch deshalb kaum Ergebnisse gebracht, weil sie sich über Finanzierungsfragen nicht einigen konnten. Bildungsökonomin Schneider bedauert deshalb, dass der Föderalismus im Bildungsbereich nicht in Frage gestellt wird. „Ich kann nicht sehen, warum ein Land wie Deutschland sechzehn verschiedene Bildungssysteme benötigt“, sagt Schneider. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern seien inzwischen erheblich und stellen ein Mobilitätshindernis für Familien dar.

Dass Bildung im Wahljahr 2009 ein bedeutendes Thema werden wird, bezweifeln vor allem die Ökonomen. „Ich erwarte nichts Konkretes“, sagt Schneider. Auch Wößmann glaubt nicht, dass sie ein zentrales Thema werden wird. Zum einen sei Bildung in Deutschland kein Bundesthema. Zum anderen hätten die Länder Bundeskanzlerin Merkel auf dem Bildungsgipfel gezeigt, dass sie sie nicht schalten und walten ließen.

Text: F.A.Z.

Quelle: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc-EA2B47558F92C480493A8CF13F0E136E6~ATpl-Ecommon~Scontent.html>



Aus: themendienst1\_didacta2009

## **Der Trend zur Privatschule Sind staatliche Schulen wirklich schlechter?**

Private oder staatliche Schule? Diese Frage stellen sich immer mehr Eltern, wenn es um die Schulwahl für ihre Kinder geht. Steigt der Anteil der Privatschüler also rasant und sind sie wirklich besser als die von staatlichen Schulen? Das wollten wir von der Bundesgeschäftsführerin des Verbands Deutscher Privatschulverbände, Julia Schier, und vom Essener Bildungsforscher, Professor Dr. Klaus Klemm, wissen.

*Seit geraumer Zeit berichten die Medien von einem Privatschul-Boom in Deutschland – warum werden Bildungsangebote in privater Trägerschaft immer beliebter bei Eltern (und Schülern)?*

**Julia Schier:** Die anhaltende Bildungsdebatte in der Öffentlichkeit hat dazu geführt, dass sich Eltern verstärkt über die Ausbildung ihrer Kinder Gedanken machen: Sie suchen immer häufiger nach Schulen, die ihren Kindern in deren individuellen Anlagen und Talenten gerecht werden und diese persönlich fördern. Freie Schulen mit ihren differenzierten pädagogischen, weltanschaulichen und an den Bedürfnissen der Schüler orientierten Profilen können hier ein besonders vielfältiges Angebot machen.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Ein Blick auf die Entwicklung relativiert das Bild, das die Medien bieten: 1992 – von da an liegen Daten für Deutschland insgesamt vor – besuchten 4,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft, 2006/07 taten dies 7,0 Prozent. Das ist doch eine eher mäßige Steigerung, die das Aufsehen, das dieses Thema erfährt, kaum rechtfertigt!

*Gibt es wissenschaftliche Belege dafür, dass Privatschulen in Deutschland besser sind als öffentliche Schulen?*

**Julia Schier:** Unserer Ansicht nach gibt es kein „Besser“ oder „Schlechter“ im Vergleich von staatlichen und freien Schulen. Wir glauben aber, dass Privatschulen aufgrund ihrer oft innovativen pädagogischen Konzepte und ihrem Ansatz, Schüler möglichst individuell zu fördern, ihren Schülern hinsichtlich deren Lernbiografien viele Vorteile bieten. Interessant ist auch die Untersuchung der letzten PISA-Ergebnisse, nach denen es insbesondere bei Haupt- und Realschulen Signifikanzen hinsichtlich der Schülerleistung an Privatschulen gab.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Analysen der Datensätze der PISA 2000-Studie haben gezeigt, dass es zwischen den Schülerleistungen öffentlich und nicht öffentlich getragener Schulen keine zufallskritisch abgesicherten Unterschiede gibt. Wenn man Schulen mit einer sozial vergleichbaren Schülerschaft gegenüberstellt, so erweisen sich ‚private‘ Realschulen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Leseverständnis leicht, aber eben nicht signifikant überlegen. Bei den Gymnasien sind die öffentlichen Schulen den privaten in Mathematik und Naturwissenschaften (ebenfalls nicht signifikant) überlegen, im Leseverständnis unterscheiden sie sich nicht.

*Werden Bildungschancen in Deutschland durch Privatschulen noch ungerechter verteilt – nach dem Motto: Die Wohlhabenden können sich bessere Bildung kaufen, der Rest muss sehen, wie er zurechtkommt?*

**Julia Schier:** Nein. Schulen in freier Trägerschaft sollen und müssen allgemein zugänglich sein; das verlangt auch das Grundgesetz. Daher erhalten allgemeinbildende Ersatzschulen einen staatlichen Finanzausgleich und dürfen nur ein sozial verträgliches Schulgeld erheben (in manchen Bundesländern gar keins). Leider ist dieser Finanzausgleich in den meisten Fällen zu niedrig angesetzt. Um ihre Kosten zu decken, müssen die Schulen dann ein teilweise zu hohes Schulgeld erheben. Der VDP fordert schon seit Langem, den staatlichen Finanzausgleich flächendeckend auf ein ausreichendes Niveau zu heben, um die allgemeine Zugänglichkeit von Bildung zu gewährleisten.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Diese Sorge ist nicht begründet – zumal nicht alle Privatschulen Gebühren erheben.

*In vielen vergleichbaren Ländern sind Privatschulen so selbstverständlich wie staatliche Angebote. Sind sie auch in Deutschland auf dem Weg zu dieser gesellschaftlichen Anerkennung und können beide Formen sogar voneinander lernen?*

**Julia Schier:** Privatschulen bereichern das Schulwesen, entwickeln alternative und zusätzliche Angebote und gewährleisten eine lebendige Konkurrenz. Von diesem Wettbewerb profitiert auch das staatliche Schulwesen, das immer wieder erfolgreiche Beispiele aus dem privaten Schulwesen übernommen hat.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Die Privatschulen müssen auch in Deutschland nicht um ihre Anerkennung kämpfen. Verweise auf andere Länder sind wenig hilfreich. In Frankreich zum Beispiel, wo Religion seit der Revolution von 1789 aus den öffentlichen Schulen verbannt ist, kann man sein Kind nur dann religiös erziehen lassen, wenn man es auf eine private Schule schickt. Eine solche Konstellation schafft im Vergleich zu Deutschland eine andere Nachfragesituation.

### Info: Privatschulen

4.711 Privatschulen gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Schuljahr 2006/07 in Deutschland: 2.867 allgemeinbildende und 1.844 berufsbildende Schulen. Das entspricht 7,9 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen in Deutschland bzw. 21 Prozent aller berufsbildenden Schulen.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 656.186 Schüler (7 Prozent) eine allgemeinbildende Privatschule, 235.707 (8,5 Prozent) eine berufsbildende Schule.

Die Zahl der Privatschulen in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zugenommen: Im allgemeinbildenden Bereich stieg sie von 1995 bis 2006 um 35,5 Prozent (Schüler: 34,8 Prozent) und im berufsbildenden Bereich um 30,0 Prozent (Schüler: 65,1 Prozent).

Trotzdem liegt Deutschland damit weit hinter den meisten europäischen Nachbarländern. In Dänemark besuchten z. B. nach Angaben der Europäischen Union im Schuljahr 2001/02 bereits 11,1 Prozent der Schüler eine allgemeinbildende Privatschule in freier Trägerschaft, in Frankreich 21 Prozent und in den Niederlanden sogar 76,3 Prozent.

Quelle: [http://bildungsklick.de/datei-archiv/md/76/themendienst1\\_didacta2009\\_final.pdf](http://bildungsklick.de/datei-archiv/md/76/themendienst1_didacta2009_final.pdf)



aus: Die Linke. Zukunftswerkstatt Linke Bildungspolitik, Ausgabe 4/2007

**Horst Bethge**

## **Bilanz der Privatisierungspolitik im Bildungsbereich**

(überarbeitetes Referat beim Plenum der AG Bildungspolitik 5./6. 5. 07 Potsdam)

### 1.

Eine neue Runde der Privatisierungen in der BRD, aber auch in Europa, ist eingeläutet. Die EU- Dienstleistungsrichtlinie, gerade beschlossen, forciert den Wettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen und lässt verstärkt private Anbieter zu, auch im Bildungsbereich, der nicht herausgenommen wurde. Der Non- Profit-Bereich und die Genossenschaften kommen gar nicht erst vor. Auch die Mitteilung der EU-Kommission zu den sozialen Dienstleistungen vom 26. 4. 06 fordert verstärkt Wettbewerb und private Anbieter.

Zweitens hat in Würzburg erstmals ein privater Anbieter, hier die größte Bertelsmann- Tochter ARVATO, eine gesamte Stadtverwaltung übernommen. Und drittens hat jetzt der „Aktionsrates der bayrischen Wirtschaft“, eine gewichtige Kraft, deutlich die völlige Privatisierung der Schulen gefordert.

Höchste Zeit also, dass die neue LINKE sich konkret mit der Privatisierungspolitik im Bildungsbereich beschäftigt.

### 2.

Die Bundesparteitage von WASG und LP.PDS 2006 haben übereinstimmend beschlossen, nach der Mindestlohnkampagne eine Anti-Privatisierungskampagne durchzuführen. Deren Steuerungsgruppe hat vorgeschlagen, schon jetzt diese Kampagne vorzubereiten. Da in einer Vielzahl von Bereichen und Ebenen- Bund, Länder, Gemeinden- die Privatisierungen laufen, kann die Kampagne nur konkret und vor Ort ansetzen. Dazu müssen jetzt Beispiele gesammelt und aufgearbeitet werden. In den Regionen sollen Kampagneverantwortliche benannt werden. Es wird zentrales Schulungs- und Öffentlichkeitsmaterial, einen Kampagneleitfaden, eine zentrale Vorbereitungskonferenz und Multiplikatorenschulungen geben. Die Koordinierungsgruppe der AG Bildungspolitik schlägt vor, sich an dieser Kampagne und deren Vorbereitung zu beteiligen. Erste Beispiele wurden schon gesammelt.

### 3.

Gegenstand sollte m. E. sein, eine Politik, die im breitesten Verständnis von Privatisierungspolitik (siehe unten) die öffentliche Verantwortung und Durchführung der Daseinsfürsorge oder Teilhabe an öffentlichen Gütern zugunsten Privater reduziert, aushöhlt, umwandelt. Also das öffentliche Bildungswesen in der BRD in allen Formen und Ebenen und mit allen Trägern (bundes- und landesstaatlich wie kommunal) Privaten ausliefert.

Dabei sind m. E. private Bildungseinrichtungen mit weltanschaulichen oder kirchlichen Trägern oder in besonderen Nischen (Reformschulen) tolerabel, wenn es bei dem geringen Umfang bleibt. Das gilt auch im Kita- Bereich oder bei Genossenschaften (Kinderläden). Sie sind mit unserer Anti-Privatisierungskampagne nicht gemeint.

Unberücksichtigt sollte auch bleiben eine spezielle linke Diskussion, die Mitte der 90er Jahre auch in der PDS geführt wurde (z. B. Berlin) unter dem Stichwort „progressive Entstaatlichung von links“ und u. a. darauf zielt, preußisch-obrigkeitsstaatliche Reglementierungen zu überwinden und den Staat durch zivilgesellschaftliche Strukturen schrittweise zu ersetzen.

#### 4.

Bei der gegenwärtigen Privatisierungspolitik geht es um Grundsätzliches. Die Neoliberale Ordnungspolitik, dass Markt und Konkurrenz alles schon richten, soll durchgesetzt werden. Seit der französischen Revolution gibt es ein öffentliches Bildungswesen, das damals bewusst aus der Konkurrenz der Einzelkapitale und dem kapitalistischen Verwertungsinteresse herausgehalten wurde.

Denn das zur Demokratie und Mitbestimmung fähige Individuum, der Staatsbürger (Citoyen), sollte ein Mindestmaß an allgemeiner Bildung, an emanzipatorischer Subjektivität aufweisen. Das konnte (und kann) nur der Staat für alle garantieren, und zwar durch ein öffentliches Bildungswesen. Daraus speist sich auch das Menschen (Grund)recht auf Bildung (übrigens völkerrechtlich in der UN- Kinderrechtskonvention normiert und kodifiziert).

Genau dies alles erweist sich heute als Schranke für das hemmungslos gewordene Kapital (Unesco: „last frontier against privatisation of education“) und sein Verwertungsinteresse. R. Luxemburg bezeichnete das einmal als „innere Landnahme“.

#### 5.

Als Gründe für die Privatisierungspolitik im Bildungsbereich lassen sich ausmachen:

- Das an den Aktienbesitzern orientierte Kapital (shareholder) drängt wegen seiner Verwertungs- und Akkumulationsschwierigkeiten auf die Erschließung zusätzlicher, bisher überwiegend verschlossener Märkte: Einmal auf die der kapitalistischen Verwertung bisher weitgehend entzogenen Bereiche staatlicher Daseinsvorsorge in den entwickelten kapitalistischen Ländern (USA, EU), wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, aber auch auf den staatlich regulierten öffentlichen Sektor (Bildung) in den Entwicklungsländern. Deshalb drängen große Konzerne wie Vivendi, Educational Testing System (ETS), Meryll Lych, Sylvan Learning System (SLS), Bertelsmann auf die Deregulierung der staatlichen Daseinsvorsorge durch die „General Agreement on Trade in Services“ (GATS)-Verhandlungen im Rahmen des WTO. Bildung, Gesundheit, Wasser, Natur sind als Ware deklariert, deren Handel frei ohne staatliche Reglementierung werden soll.

- Das –zumeist staatlich durch Steuern finanzierte- Bildungswesen ist weltweit ein sich rapide ausdehnender „Markt“ von 27 bis 50 Billionen Dollar jährlich. Bildungsausgaben sind zudem antizyklisch: In der Krise steigen die privaten, staatlichen und kommunalen Bildungsausgaben: Für Umschulung, Zusatzqualifikationen, Weiterbildung, Nachhilfe werden bei drohender Arbeitslosigkeit mehr Gelder ausgegeben.

- Jeder weiß mittlerweile, dass die Unterfinanzierung unseres öffentlichen Bildungswesens zum Hemmschuh gesellschaftlicher Entwicklung zu werden droht. Die OECD hat 2005 erstmals Ertragsraten von Bildung formuliert. Danach beträgt der „langfristige Effekt eines zusätzlichen Bildungsjahres auf die wirtschaftliche Produktion“ in der OECD 3 – 6 % an Wachstum. In Zukunft wird also mehr für die Bildung aufgewendet werden müssen. Die Frage ist nur, ob von Seiten der Eltern, StudentInnen oder Weiterzubildenden durch Gebühren oder vom Staat aus den Steuern.

#### 6.

Das herkömmlich tradierte Bildungssystem – auf Selektion und Erhalt des Bildungsprivilegs in Inhalt und Struktur angelegt- ist angesichts gewachsener Ansprüche der Bevölkerung (wachsende Teilhabe- und Partizipationserwartungen) so nicht mehr aufrechtzuerhalten und zu begründen. Die normative Setzung der Privilegien wird ersetzt durch eine subtilere Steuerung, nämlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Durch die parallele Zangenbewegung der Ausmagerung der öffentlichen Haushalte wird die Hereinnahme von Sponsoring durch Privatfirmen mit der Haushaltslage begründet und damit dem politischen Diskurs in parlamentarischen Gremien entzogen.

#### 7.

In der Wertschöpfungskette „Grund/Boden, Werkzeuge, Rohstoffe, Kapital und Arbeit“ gewinnt der Faktor Arbeit – beschleunigt durch die Computerisierung – zunehmend größeres Gewicht (ohne dass die materielle

Basis und das Eigentumsregime aufgehoben wären). Bezeichnungen wie „Humankapital“ (OECD, Deutsche Bank, Weltbank) oder „kulturelles Kapital“ (Bourdieu) deuten das an.

Das größere Gewicht des „kulturellen Kapitals“ erfordert ein anderes Bildungssystem, das mehr Kreativität, Flexibilität, Selbständigkeit der Subjekte fördert, die allgemeiner gebildet sind und nachhaltig politisch und ökologisch handeln können. Das Kapital benötigt dies für die Entwicklung der Produktivität, sieht aber das darin liegende Emanzipationspotenzial als Risiko für die Kapitalherrschaft. Da werden Verbetriebswirtschaftlichung, Public- Private-Partnership und Privatisierung von Bildungseinrichtungen, die Verankerung des Konkurrenzprinzips sowie die

Festigung des Bildungsprivilegs zu organisatorisch-ideologische Halteseilen und Mauerankern zwecks Herrschaftssicherung.

#### **8.**

Aus ordnungspolitischen Gründen wird der Sozialstat in allen seinen Bereichen umgebaut, nicht nur aus fiskalischen Gründen. Da kann das staatlich organisierte Bildungssystem nicht ausgespart bleiben. Zwar sollen bestimmte Sozialstaatsoptionen aufrechterhalten bleiben, aber unter den Bedingungen struktureller Krisen, chronischer Defizite der öffentlichen Haushalte und der Kapitalmobilität, während die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals gemildert werden sollen.

„Aktivierung“ und „Eigenverantwortung“, „Fördern und Fordern“ sind die regulativen Ideen der Umbaustategie zum aktivierenden Staat. Das führt zur Neudefinition des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger. Aber nicht im Sinne von Grundrechtserweiterungen und Grundrechtsverwirklichung, sondern als Marktbeziehung verstanden: zwischen dem leistungserbringenden Staat und dem immer risikogefährdeter werdenden Kunden als Empfänger der Vorsorge.

Heute stehen die Aktivierung der Bürger, des subjektiven Faktors (gegen das Linke eigentlich gar nichts haben, im Gegenteil: auch sie setzen darauf), und die Selbst-Befähigung der Bürger zur Förderung der individuellen Marktchancen und die marktförmige Befriedigung der Daseinsvorsorge an. Darum werden Qualifizierung und lebenslanges Lernen so betont, auch mit einer „zweiten Chance“. De facto werden individuelle Wettbewerbschancen aber sozial zugeteilt, vor allem durch Bildungschancen. Damit wird das alte Ziel der gesellschaftlichen Gleichheit ersetzt. Darin unterscheidet sich der aktivierende Staat vom Sozialstaat, indem er sich von der Idee der sozialen Bürgerrechte für alle verabschiedet. Hatte bisher der Sozialstaat die Verantwortung für die Daseinsvorsorge des Einzelnen, so hat nun der Einzelne Verantwortung für das Gemeinwohl, was als Standort- Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und Entlastung des Staatshaushalts definiert wird.

#### **9.**

Hinzu kommt, dass im Zuge der EU- Integration und der Globalisierung der national agierende Wohlfahrtsstaat sich in einen international konkurrenzfähigen Wettbewerbsstaat transformiert, in dem das Bildungssystem zunehmend zum Standortfaktor im Wettbewerb wird – getreu der Theorie des Humankapitals. Das ist der Kern der Lissabon- Strategie: „Europa zum dynamischsten Wirtschaftsraum zu machen“. Da die Staatsquote gesenkt wird, wird der Staat lediglich noch für die minimalste Grundausrüstung zuständig – er zieht sich auf seine Kernaufgaben zurück (neoliberales Credo). D. h. hier konkret: Grundbildung und Eliteförderung durch den Staat, alles andere durch Eigenfinanzierung, zukaufbar auf dem Markt, bedient durch Private. Damit wird das bisher staatliche Bildungswesen dem privaten Verwertungsinteresse geöffnet – wie auch im Verkehrs-, Energie-, Post-, Sozial- und Gesundheitswesen schon umgesetzt. Die Inwertnahme öffentlicher Güter gilt dabei als Ausweg aus den Krisen.

#### **10.**

Parallel dazu greift die neue Regulationsweise: Anstelle stabiler, verbindlicher juristischer Regulierung in Gesetzen (oder internationalen und privatrechtlichen Verträgen), die der fordistischen Regulationsweise entsprachen, tritt „new governance“, mit dem Lissabon – Prozess 2000 EU- weit verbindlich gemacht. Das ist die offene Methode der Koordinierung mehrerer Ebenen. Zielverabredungen, Pilotprojekte, normsetzende Vergleiche (wie bei PISA), benchmarking, ranking-Listen, „naming und shaming“, Controlling und Leitbilder, Ziel- und Leistungsvereinbarungen (contracte) und Neues Steuerungsmodell stellen diese postfordistische Regulationsweise dar. WTO, EU, OECD (PISA!!) forcieren dies (GATS, TRIPS, Dienstleistungsrichtlinie der EU)– im Sinne Gramscis kann man es als « passive Revolution » bezeichnen. Die Schlüsselbegriffe sind Dezentralisation, Deregulierung, Gewinn subjektiver Freiheit, Eigenverantwortung, Markt und Konkurrenz.

#### **11.**

Damit wird gesellschaftspolitisch die „Ökonomisierung des Selbst“ verankert: Employability (Beschäftigbarkeit), Entrepreneurship (Selbst- Unternehmertum), Adaptability (Anpassungsfähigkeit) – siehe Schrö-

der/Blair/Giddens/Hombach- sind die Leitziele, gleichermassen für die Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

Chancengleichheit wird umgedeutet: gleiche Chancen beim Zugang, nicht im Ergebnis. Das rückt den Blick weg von der Emanzipation der Klasse hin zum Individuum und seiner bestmöglichen Ausstattung für den Markt. Das Ziel, strukturell gleiche Lebenschancen herzustellen, wird ersetzt durch individualistische Instandsetzung des Individuums für die Marktkonkurrenz. Da sind soziales Lernen, kulturelle und musisch - ästhetische Bildung nur ineffektiver Ballast.

Ergänzend kommt hinzu, die Funktion der öffentlichen Bildung auf die Auskühlung weitergehender Ansprüche („to cool out the kids“) durch Interpretation sozialer Unterschiede als Leistungsunterschiede und die Aufrechterhaltung eines Minimums an Kohäsion in der Gesellschaft (das ist etwas anderes als Solidarität) zu konzentrieren.

## 12.

Wertet man internationale und nationale Erfahrungen mit Privatisierungspolitik aus, wie es auf den Europäischen Sozialforen regelmäßig geschieht und eine Studie der R. Luxemburgstiftung nachweist, so lassen sich 10 verschiedene Privatisierungsstrategien erkennen. Sie werden nicht immer gleichzeitig, nicht in einer bestimmten Reihenfolge und z.T. gemischt oder gebündelt angewandt.

1. Abbau des individuellen Rechtsanspruchs auf Bildung (Menschen- und Grundrecht), zuerst Koppelung an deren Bezahlbarkeit, dann private Zuzahlung, zum Schluss: Ersetzung durch das Handelsgut Bildung). Bildung wird zur Ware.

2. Privatisierung der Kosten, die bisher der Staat (Bund, Länder, Kommunen) aus Steuern getragen hat: Kita- Gebühren, Lehr- und Lernmittel (Büchergeld), Studiengebühren, Kosten für Schwimmunterricht, Nachhilfe.

3. Sponsoring: Einwerbung von Mitteln durch die Einrichtung, Schule usw. selbst – bei gleichzeitiger Reduzierung der zur Verfügung gestellten Personal- und Sachmittel seitens des Staates.

4. Outsourcing, d. h. Ausgliederung von Teilbereichen oder Hilfsfunktionen an Privatfirmen (Reinigung, Kantinenbetrieb, Hausmeisterdienste, Management von Gebäuden, Renovierungen, Neubauten, Personalakquisition und Verwaltung, Testen, Schulentwicklung, Beratungsdienste.

5. Umwandlung von Schulen und Bildungseinrichtungen in Stiftungen öffentlichen Rechts oder Landes- oder Kommunalbetriebe mit der Folge, dass Haushalt, Organisation und Geschehen unter Geschäftsgeheimnis fallen und parlamentarisch-öffentlicher Kontrolle und Einwirkung entzogen sind (und Kredite nicht mehr unter Landes- oder Kommunalschulden fallen).

6. Schrittweise Atomisierung des staatlich regulierten Bildungswesens, indem es in kleinere, selbständig agierende Einheiten zerlegt wird. Deren personelle und finanzielle Ausstattung zur Administration (Finanz- und Personalverwaltung), Fortbildung, Evaluation, Programmentwicklung und Perspektivplanung wird bewusst klein gehalten. Einmal aus Kostenersparnisgründen (Selbstverwaltung des Mangels), zum anderen auch, um Outsourcing zu erleichtern. Fortbildung, Programmentwicklung und Planung wird an aushäusige und (private) Institute ausgelagert, die Administration an dafür besser ausgebildete Fachleute vergeben und die Evaluation an Testfirmen oder Zertifizierungsagenturen verlagert. Die vielfach geforderte größere pädagogische Autonomie wird in eine administrative Autonomie umgebogen – und somit reif als Einfallstor für Privatisierungen.

7. Verkauf und Eigentumsübertragungen ganzer Einrichtungen und Schulen und Weiterführung in privater Regie.

8. Public-Private-Partnership (PPP), dass heißt ein schrittweises Eindringen in die staatliche Verantwortung mit dem Ziel, auch die staatlichen Anteile nach und nach übernehmen und den Staat ganz ersetzen zu können. Dabei werden alle Zwischenschritte kreativ und mit langem Atem beschrritten, sei es, dass man mit den vorhandenen Lehrkräften erst einmal weiterarbeitet, sei es, dass man sich die staatliche Finanzierung als Sockel erhält. (Beispiele: berufliche Schulen in Hamburg, Gebäudemanagement, Sponsoring, Schulen ans Netz)

9. Cross- Border- Leasing: Das ist der sofortige Verkauf an einen ausländischen Großinvestor bei gleichzeitiger Zurückmietung für 20- 30 Jahre, wobei der Investor im Mutterland Steuervorteile nutzt. Der Mieter verpflichtet sich außerdem, für Werterhaltung und ggf. Schadensersatz bei Änderungen der Steuergesetze zu

sorgen. Die vertragliche Abwicklung erfolgt nach ausländischem Recht und nichtöffentlich. Die Verträge haben 800 – 1200 Seiten. Das ist bisher im Bildungsbereich noch nicht bekannt geworden, aber bei Müllabfuhr, Verkehrs-Betrieben, Stadtwerken und im Wohnungswesen häufig.

10. Auf internationaler Ebene werden die Rahmenbedingungen verändert (WTO, EU-Dienstleistungsrichtlinien, GATS, TRIPS): staatliche Regulation wird ersetzt oder abgebaut, Steuerfinanzierung als Subvention deklariert, Bildung zur Ware. Private Anbieter werden international zugelassen.

### 13.

Da in verschiedenen Bereichen schon seit 25 Jahren Privatisierungen laufen, sind die Folgen ablesbar:

- Massiver Arbeitsplatzabbau, Verlust an Arbeitsplatzsicherheit (zur Zeit auch ablesbar hierzulande am Weiterbildungsbereich, die ja stark privatisiert sind)
- Lohnsenkung und Kurzarbeit
- Nach anfänglicher Preissenkung wieder Preiserhöhung (z.B. Energie in der BRD, England, Transportwesen in Schweden)
- Qualitätsverschlechterungen (z. B. Wasser, Verkehr und Bildung in England), Normierung auf niedrigem Niveau (Bildung in England)
- Soziale Polarisierung (z. B. Schulwesen in England, USA) und Exclusion (z.B. Ausschluss ganzer Dörfer von der Wasserversorgung „weil es sich nicht lohnt“, Frankreich). Autonomie produziert Ungleichheit.

### 14.

#### Fazit

1. Die Privatisierungspolitik bewirkt auch eine andere Rolle für die PädagogInnen: Organisator des Selbstvermarktungsprozesses, Wahrer der Ökonomisierung, Zertifizierer (um die skill-points in die EU-Skill-Card anstelle der Zeugnisse einzugeben) und Selektionsagent (Tester). Der ganzheitliche, humanistische Anspruch ist nur teurer Kostenfaktor und bleibt ebenso wie der emanzipative Anspruch auf der Strecke. Lehrerarbeit wird taylorisiert (Arbeitszeitmodell) und wie beim Pflegedienst minutenweise abgerechnet und entlohnt sowie zertifiziert und auf Zeit lizenziert..

2. Über Privatisierungspolitik im Bildungsbereich sprechen heißt auch, die Rolle der Bertelsmann- Stiftung zu kritisieren. Denn der Bertelsmannkonzern liefert mit seiner Bertelsmann-Stiftung (BS) ein neoliberales Ordnungskonzept zum totalitären Umbau des Bildungssystems, das eine technokratisch-nachholende Modernisierung verspricht, größere Freiheit der Akteure verheißt, das Bildungsprivileg rettet und zementiert und soziale Konflikte und Verwerfungen kanalisiert.

Aber mehr noch: Es vereinheitlicht durch die Methoden der offenen Koordinierung - die beim Lissaboner EU-Gipfel verabredete neue Regierungs"technik" - , durch Norm setzende Vergleiche (bench-marking), permanentes Ranking, prozeßbegleitende personelle indirekte Leitung (Projektleitung), publizistische Unterstützung (Veröffentlichungen und Filme von best-practice-Beispielen), Verträge mit Landesregierungen und entsprechender Bindung von Kommunal- und Landesmitteln an seine Projekte, geschickte personelle Verflechtungen zwischen BS und Hochschulen, Bildungsverwaltungen und anderen Stiftungen (Hans-Böckler, Friedrich-Ebert, Heinrich-Böll, Friedrich -Naumann, Adenauer und Hans- Seidel, Club of Rome) sowie Medien- und Industrie- Unternehmungen sowie erziehungs-und bildungswissenschaftlicher Publizistik die deutsche Bildungslandschaft.

Die föderale Struktur Deutschlands, gerade in der Föderalismusreform I für den Bildungsbereich bekräftigt, und der Zug zur Dezentralisierung, zur Verselbständigung von Schulen und Hochschulen, erleichtert der BS das Eindringen in das Bildungssystem. Da der Bertelsmann-Konzern als Global Player auch an den Verhandlungen über das GATS im Rahmen der WTO und die EU-Richtlinien direkt beteiligt ist, ist die Synchronisation seiner Bildungspolitik mit den internationalen bildungspolitischen Entwicklungen gesichert

3. Aus alledem ergibt sich die dringende Notwendigkeit, dass die LINKE dieserEntwicklung Widerstand entgegensetzt und dies in die Anti-Privatisierungskampagne einbezieht. Zu beginnen ist zweckmäßigerweise damit, eine erste Bilanz zu erstellen. Dabei fangen wir nicht bei Null an: Einige von uns arbeiten in bestehenden Netzwerken mit: [ppg@lists.rosaluxemburgstiftung.de](mailto:ppg@lists.rosaluxemburgstiftung.de), Anti- Bertelsmann- Netzwerk, International Network against Privatisation in Education im Rahmen des ESF.

Auch die GEW hat diese Thematik aufgegriffen und in drei (inzwischen fünf! O.P.) Dokumentationen Material zusammengestellt: Privatisierungsreport 1, 2, 3

Nicht unbescheiden darf ich auch auf Veröffentlichungen von mir hinweisen:

1. Bertelsmann macht Schule- in „Wernicke/Bultmann (Hrsg.) „Netzwerke der Macht- Bertelsmann“, BdWi-Verlag 2007
2. Die Bildungsmärkte der Wissensgesellschaft-Public-Private-Partnership an Schulen- in „Bittlingmayer/Bauer (Hrsg.) „Die Wissensgesellschaft – Mythos, Ideologie oder Realität?“, VS- Verlag 2006
3. Privatisierung im Bildungswesen: Bildung zukünftig vom Geldbeutel abhängig?  
In Marxistische Blätter

Für den Bildungsbereich sind auch die folgenden kritischen Werke von Belang:

1. Hauschild- „Privatisierung – Wahn und Wirklichkeit“, VSA-Verlag 2004
2. W. Rügemeier „Privatisierung in Deutschland – eine Bilanz“, V. Westf. Dampfboot 2005
3. W. Rügemeier „Cross-Border-Leasing“, V. Westf. Dampfboot 2004
4. B. Dickhaus/R.Dietz „Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck – Folgen in Europa“, Rosa Luxemburg Stiftung



**NRW-Initiativen:** mittendrin e.V. Köln, Initiativkreis Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen Südlohn, Elterninitiative Gemeinsamer Unterricht Bornheim, Förderverein Gesamtschule Alfter e.V., Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Bonn e.V., Schule für alle e.V. Hennef, Familiennetzwerk Pulheim e.V., Bielefelder Initiative Eine Schule für alle, Bielefelder Eltern für Integration e.V., Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen Aachen e.V., Arbeitskreis Integrative Schule Emsdetten, Mittendrin-Hürth e.V., VIBRA e.V. Ratingen, Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen e.V., Regionalarbeitskreis Münsterland Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen

## Eckpunkte für eine zukunftsfähige Schulpolitik

Schulen sind Orte der Bildung. Sie sollen nicht nur Wissen, sondern vor allem kognitive und soziale Kompetenzen vermitteln. Ihre ureigene Aufgabe ist die Bildung der Persönlichkeit.

Um die beste Bildung für alle Kinder zu erreichen, darf Schule Kinder niemals demotivieren. Vorgestanzte Einheits-Lehrinhalte, Notendruck und die Praxis des Sortierens und Aussortierens von Kindern erzeugen bei vielen Kindern Lernhemmungen, Überdruß, Abwehr, Versagensängste und seelische Not.

Die Schule der Zukunft setzt stattdessen auf Motivation zum Lernen und auf individuelle Förderung. Sie ist eine Schule, in der jedes Kind willkommen ist. Jedes Kind wird anhand seiner individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert und gefordert. Dafür müssen die sächlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Kein Kind wird in seinem Lernwillen gebremst. Kein Kind wird zurückgelassen. Der Erfolg der Bildungsarbeit wird am Erreichen von Kompetenzen gemessen und nicht an abfragbarem, nur für die Prüfung gelerntem Faktenwissen.

### Schulen integrationsfähig machen

Zukunftsfähige Schulen sind integrationsfähig. Sie machen Schluss mit der Aufteilung in „integrationsfähige“ und „nicht integrationsfähige“ Kinder. Die Schule der Zukunft ist deshalb eine inklusive (alle Menschen einbeziehende) Schule. Sie setzt die Vereinbarungen der UN-Konventionen<sup>1</sup> um. Sie unterrichtet alle Kinder des Ortes in selbstverständlicher Gemeinsamkeit – unabhängig von sozialer Herkunft, von Behinderungen und Beeinträchtigungen oder ethnischer Herkunft.

Das heißt, dass unsere Schulen ...

- alle Schüler mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten akzeptieren und individuell fördern, statt sie nach vermeintlicher Eignung und Leistungsfähigkeit zu sortieren und auszulesen;
- Verschiedenheit als normal annehmen, als Ausdruck von Vielfalt und Reichtum verstehen und dies zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und für gemeinsames Lernen nutzen;

<sup>1</sup> UN-Weltaktionsprogramm für behinderte Menschen von 1983, Art. 120  
UN-Konvention über die Rechte des Kindes von 1989  
UNESCO Salamanca-Statement und der Aktionsrahmen von 1994  
UN-Behindertenrechtskonvention von 2006, Art. 24

- das Lernen als aktiven und individuellen Prozess in den Mittelpunkt stellen;
- Ganztagschulen sind, in der sich Schüler individuell engagieren können und die sich dem regionalen Umfeld öffnen;
- wohnortnah sind;
- das gemeinsame Lernen ermöglichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit.

## **Zukunftsfähige Schulpolitik in den Kreisen und Kommunen**

Bildungspolitik ist Ländersache. Doch gute Schulen werden vor Ort in den Kommunen und Kreisen gemacht.

Bereits jetzt eröffnen die bestehenden Gesetze den zuständigen Schulträgern viele Möglichkeiten, ihre Schullandschaft zukunftsfähig zu machen. Dabei wissen wir, dass die Ausgangslagen in den Kommunen und Landkreisen unterschiedlich sind und darum verschiedene Wege gefunden werden müssen.–Doch den Beginn einer umfassenden Bildungsreform, den brauchen wir jetzt auch durch Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden können.

Wir fordern daher die Kommunen und Kreise auf, ...

- jedem Kind, dessen Eltern die Integration in die Regelschule wünschen, einen Platz einzuräumen;
- den barrierefreien Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen an (möglichst) allen allgemeinen Schulen aus- und aufzubauen;
- die dafür notwendigen sächlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Förderung eines jeden Kindes zu schaffen;
- die Schulen durch die freie Jugendhilfe zu unterstützen und in den Schulen Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Schulpsychologen einzustellen;
- den LehrerInnen gezielte Fortbildungsmöglichkeiten zu bieten, damit sie ihre Kenntnisse in moderner binnendifferenzierender Pädagogik ausbauen können;
- die Eltern über die qualitativen Vorteile des Gemeinsamen Unterrichts für alle Kinder aktiv und gezielt zu informieren;
- allen Kindern, die bereits am Gemeinsamen Unterricht teilnehmen, zukünftig einen Platz im Gemeinsamen Unterricht einer weiterführenden Schule anzubieten;
- auf die Ausweitung der Plätze an Förderschulen zu verzichten und die Ressourcen der Förderschulen zugunsten einer integrativen Beschulung zu nutzen. Insbesondere Schulen für Lernbehinderte sollen schnell der Vergangenheit angehören;
- einen Integrationsplan auszuarbeiten, der die weitere Entwicklung zur schulischen Inklusion vorbereitet. Dessen Ziel soll eine kontinuierliche Steigerung der Integrationsquote an den allgemeinen Schulen bis zum Jahr 2015 zumindest auf europäisches Niveau (mehr als 70 %) sein – bei hoher Unterrichtsqualität und individueller Förderung aller Schülerinnen und Schüler.



## **EINE SCHULE FÜR ALLE**

### **1. Leitbild**

In einer Schule für alle sind alle Kinder willkommen. Sie stärkt das Individuum und befähigt zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Sie orientiert sich am humanistischen Menschenbild, an den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft und den allgemeinen Menschenrechten. Sie ist den Kinderrechten und den Rechten der Menschen

mit Behinderungen verpflichtet, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung festgelegt sind.

Das bedeutet:

- **Die Schule für alle ist inklusiv**

Sie ist barrierefrei, alle Kinder gehören dazu. Alle Kinder lernen miteinander und voneinander. Achtung, Wertschätzung und Ermutigung prägen den Umgang miteinander. Jedes Kind wird in seiner Individualität angenommen und gebildet. Die Schule trägt Verantwortung für den Lernerfolg aller Kinder.

- **Die Schule für alle ist demokratisch und partizipativ**

Die Kinder lernen Demokratie und Solidarität zu leben. Die Schule befähigt die Kinder zu Kritikfähigkeit und zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Kinder sind Subjekte ihrer Lernprozesse und werden an allen Entscheidungen des Schullebens und des Unterrichts beteiligt. In der Verantwortung für sich, für andere und für das eigene Lernen werden sie bestmöglich von der Schule unterstützt.

- **Die Schule für alle ist Lern- und Lebensort**

Für jedes Kind sichert sie gleiche Bildungschancen unabhängig von Elternhaus und Einkommen, sozialer sowie kultureller Herkunft und individuellen Fähigkeiten. Sie ist Ort des Lernens aber zugleich Lebens- und Erfahrungsraum. Sie ist wohnortnah, eingebunden in den Stadtteil bzw. das Wohnumfeld der Kinder und orientiert sich an ihren Bedürfnissen und Lebenslagen.

## 2. Leitlinien für die Schul- und die Unterrichtsorganisation

- **Die Schule für alle umfasst 10 gemeinsame Lernjahre.**

Sie setzt sich zusammen aus der Primarstufe mit den Jahrgängen 1-6 und der Sekundarstufe I mit den Jahrgängen 7-10. Sie ist als pädagogische Einheit konzipiert und in der Regel auch als organisatorische Einheit zu realisieren.

- **Eine Trennung in verschiedene Bildungsgänge in der Sekundarstufe I entfällt.**

Das lernfördernde Potential heterogener Gruppen wird genutzt für eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung.

- **Alle SchülerInnen beenden die Sekundarstufe I mit einem Abschluss, der die individuellen Kompetenzen dokumentiert.**

Ihren erworbenen Kompetenzen und unterschiedlichen Neigungen entsprechend haben die SchülerInnen danach die Wahl zwischen berufsbildenden oder allgemeinbildenden Bildungsgängen in der Sekundarstufe II, die in der Regel in eigenständigen Oberstufenzentren organisiert sind. Schülern und Schülerinnen mit Behinderungen wird durch individuelle Unterstützung ermöglicht, den Bildungsgang ihrer Wahl erfolgreich abzuschließen.

- **Es ist normal, verschieden zu sein. Binnendifferenzierung ist Unterrichtsprinzip.**

Alle Kinder lernen auf der Grundlage eines gemeinsamen Curriculums nach individuellen Lernplänen ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung/Niveaueurse. Der gemeinsame Unterricht erfolgt z.B. über eine differenzierte Aufgabekultur und kooperative Lernformen, über Offenen Unterricht und Projekte. Freiräume für selbstbestimmtes Lernen und Förderunterricht ergänzen das Lernangebot.

- **Ziffernnoten und Klassenwiederholungen gibt es nicht.**

Leistungsbewertung dient der Stärkung individueller Lernentwicklung und Leistungsbereitschaft. Deshalb treten an die Stelle von Ziffernnoten Lernberichte, die sich an der individuellen Lernentwicklung und individuell vereinbarten Lernzielen orientieren. Diese Lernberichte werden ergänzt durch unterschiedliche Formen der SchülerInnenselbsteinschätzung und regelmäßige LehrerInnen-SchülerInnen-Elterngespräche.

- **Die Schule wird kostenfreie Ganztagschule.**

Nur in der Ganztagschule kann eine wünschenswerte Rhythmisierung des Schulalltags, eine Entzerrung der Unterrichtsangebote und der Anspruch ganzheitlicher Bildung erfüllt werden.

- **Die Schule öffnet sich zum Stadtteil.**

Sie ist vernetzt mit außerschulischen Institutionen. Sie beteiligt Experten von außen und übernimmt Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule.

- **Jede Schule erhält eine angemessene personelle und materielle Ausstattung.**

Eine angenehme und förderliche Lernumgebung ermöglicht erfolgreiches Lernen. Kleine Lerngruppen, Doppelbesetzung im Unterricht und Lernmittelfreiheit sind selbstverständlich. SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, SchulpsychologInnen und AssistentInnen sind fester Bestandteil des Kollegiums. Sie arbeiten als multiprofessionelle Teams zusammen. Unterschiedliche soziale und materielle Ausgangslagen der Schulen erfordern eine differenzierte Mittelzuweisung.

### 3. Rahmenbedingungen

- Schulische Bildung und Erziehung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in staatlicher und kommunaler Verantwortung.
- Bund, Land und Kommunen verpflichten sich, die Bildungsinvestitionen mindestens auf den OECD - Durchschnittswert zu erhöhen.
- Die Lehreraus- und -fortbildung wird an den Zielen einer Schule für alle ausgerichtet.
- Die Zuständigkeit der Schulträger für die Entwicklung, Ausgestaltung und Vernetzung des lokalen und regionalen Bildungsangebots wird erweitert.

Der Schulträger sorgt für den Aufbau vielfältiger Unterstützungssysteme für die Schule. Die Kooperation der Schule mit den kommunalen Diensten wird institutionalisiert. Die Steuerung der lokalen/regionalen Bildungsentwicklung erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Bildungs-berichterstattung.

- **Jede Schule erhält größtmögliche Eigenverantwortung zur Erfüllung ihres pädagogischen Auftrags.**

Sie kann z.B. über die Gestaltung der Ganztagschule ebenso entscheiden wie über die Einrichtung von jahrgangs- und fächerübergreifenden Unterricht, die Ausgestaltung der Stundentafel oder Formen der Leistungsüberprüfung. Sie ist verantwortlich für eine kontinuierliche Organisations- und Personalentwicklung. Die Beteiligten – die Schulleitung, das Kollegium, SchülerInnen und Eltern, entscheiden demokratisch über die Belange in der Schule.



aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.01.2009

**Marius Reiser**

## Warum ich meinen Lehrstuhl räume

20. Januar 2009 Es war einmal eine Institution, die nannte man „Universität“. Da zogen viele junge Leute hin, um das zu genießen, was man die „akademische Freiheit“ nannte. Sie lasen Bücher, diskutierten und tranken Kaffee. Sie besuchten die Vorlesungen der Professoren oder auch nicht, denn es bestand keine Pflicht dazu. Es gab Übungen und Seminare, bei denen man tunlichst nicht allzu oft fehlen sollte. Man schrieb Seminararbeiten, ab und zu war eine Prüfung zu bestehen und am Ende noch eine Abschlussarbeit zu schreiben. Dann erhielt man eine Urkunde und hatte damit alle Chancen, eine gute Stelle zu erhalten. So vergingen zweihundert Jahre. Da setzte auf einmal ein Unwetter ein, und es hagelte Bestimmungen zur Umstrukturierung sämtlicher Studiengänge. Das Unwetter erhielt den Namen „Bologna“ und machte dem schönen Leben schnell ein Ende.

Eine größere Anzahl von Bildungsministern beschloss 1999 in Bologna, ein „Europa des Wissens“ und einen „europäischen Hochschulraum“ zu schaffen, der die Mobilität von Studierenden und Dozierenden erleichtern sollte. Die Voraussetzung dafür sollte eine erleichterte gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und akademischen Graden sein. Wäre es allein darum gegangen, hätten wir in Deutschland, von kleineren Reformen abgesehen, alles beim Alten lassen können. Denn Mobilität im europäischen Hochschulraum war kein größeres Problem, und unsere Abschlüsse und Grade waren weltweit angesehen. Kamen Studierende von anderen Universitäten, entschied der jeweilige Fachvertreter, was anerkannt wird und was nicht. Zusätzliche Leistungen konnten individuell abgesprochen werden.

**Die Ordnung einer Lernfabrik**

Aber in Deutschland benutzte man „Bologna“ als Vorwand, um den Universitäten endlich etwas zu geben, was erstaunlicherweise ebenfalls mit dem Namen Bolognas verbunden ist: „die straffe Ordnung einer Lernfabrik“. Das kennzeichnete nach Arno Borst die Universität Bologna im Gegensatz zu der von Paris im Mittelalter. Die neueste Version dieses Ideals schreibt zunächst ein konsekutives Studienmodell vor, bestehend aus einem sechssemestrigen Studium mit dem Abschluss Bachelor und einem viersemestrigen Studium mit dem Abschluss Master.

Theoretisch soll bereits der Bachelor-Abschluss berufsqualifizierend sein, faktisch ist er es in den meisten Fächern nicht, da deren Berufsfelder mehr als ein Mini-Studium verlangen. In Deutschland genügt der dreijährige Bachelor nicht einmal, um Grundschullehrer zu werden. Die Mehrheit der ausländischen Universitäten, wenigstens in Amerika, will diesen Bachelor übrigens nicht als Zugangsvoraussetzung für ein Masterstudium anerkennen und verlangt ein vierjähriges Studium.

### **Die Langeweile der Begabten**

Der Kern des deutschen Modells sind die sogenannten Module. Module sind Lehreinheiten, die sich aus bestimmten Lehrveranstaltungen zusammensetzen. Sie müssen in einer festgelegten Reihenfolge angeboten und von den Studierenden absolviert werden. Für das erfolgreiche Absolvieren eines Moduls muss eine Mindestzahl von Leistungspunkten („Kreditpunkten“) erworben werden. Diese Leistungspunkte wiederum werden angesetzt entsprechend dem kalkulierten Zeitaufwand, den Studierende zur Erlernung der Lehrinhalte benötigen. Zeigt es sich, dass die Studierenden das Verlangte in der angesetzten Zeit nicht bewältigen können, sollen die Dozierenden ihren Lehrstoff reduzieren. Denn die Studierenden sollen keinesfalls mehr als 1800 Stunden pro Jahr lernen müssen, was etwa einer 32- bis 40-Stunden-Woche bei sechs Wochen Jahresurlaub entspricht.

Mit unterschiedlichen Begabungen wird offenbar nicht gerechnet. Faktisch bedeutet das, dass sich der Dozent am schwächsten Studenten zu orientieren hat. Es geht an der Universität also nicht mehr wie bisher in erster Linie um die Förderung der Begabteren, sondern um das Durchhieven auch der Schwächsten. Man fragt sich, wohin unter diesen Umständen die Begabten sollen. Sind gehobene Eliteschulen geplant? Zunächst jedenfalls wird bei den Begabten die große Langeweile, wenn nicht der große Ekel ausbrechen.

### **Ein großes, unflexibles Lehrbuch**

Natürlich macht man das alles mit deutscher Gründlichkeit. Es soll ja ein rigides Reglement sein, in dem es kein Ausbüxen mehr gibt. Alles ist festgelegt, der Student weiß zu jeder Stunde, was er zu tun hat, er braucht nur in den Plan zu schauen. Zu allen Veranstaltungen muss er sich anmelden, jeder Einzelne wird unter strengsten Bedingungen abgeprüft. Im Bachelor-Studiengang dürfen für Seminararbeiten nur solche Themen vergeben werden, die in vierzehn Tagen (im Ausnahmefall vier Wochen) bearbeitet werden können, mit genauer Kontrolle der Frist. Bestimmte Vorlesungen muss der Dozent im Jahresrhythmus anbieten. Vorlesungen sind als harter Frontalunterricht konzipiert und Seminare als Schulstunden. Das Ganze zielt mit innerer Konsequenz auf ein großes Lehrbuch ab, das nur noch vorgelesen werden muss.

Dieses System ist naturgemäß unflexibel. Da jedes einzelne Fach einen starren Studienplan entwirft, wird es schwierig, auch nur zwei Fächer nebeneinander zu studieren. Jedenfalls wird die Zahl der kombinierbaren Fächer im Vergleich zu früher radikal reduziert sein. Genaueres ist noch nicht bekannt. Da jede Universität für sich plant, fällt die konkrete Ausgestaltung der Module überall verschieden aus, so dass ein Wechsel von einer Universität an die andere erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht wird. Das widerspricht zwar den Zielen der Bologna-Erklärung, scheint die Planer aber nicht zu beeindrucken. Jede Universität bietet künftig ihre Tretmühle an, und wer sich für eine dieser Tretmühlen entschieden hat, muss im Tritt bleiben oder er fliegt hinaus.

Als Tretmühle bezeichnete man im neunzehnten Jahrhundert gern das Gymnasium. Jetzt macht man die Universität dazu. Kann man eine Tretmühle und Lernfabrik noch mit Recht als Universität bezeichnen? Mit Recht wohl kaum. Aber wie oft sind Namen nur Schall und Rauch!

### **Oft ist vom Nutzen, nie vom Geist die Rede**

Maßgeblich bemüht um das neue System war die Hochschulrektorenkonferenz. Liest man nun einmal den von ihr 2004 herausgegebenen „Bologna-Reader“, macht man, abgesehen von dem grauenhaften Deutsch dieser Dokumente, eine merkwürdige Beobachtung. Laut den grundlegenden Dokumenten geht es mit dem neuen System um „Marketing-Strategien“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Rekrutierungsverfahren“ und „europaweite Rekrutierung von Hochschullehrern“; um das „Management der Hochschulen“ und die „Schaffung ei-

nes wissensbasierten Wirtschaftsraums“; um „Qualitätssicherung“, „Effizienz“ und die „passgenaue Konzeption des Studiums“; um „Synergien“ und „das Potential für Innovation und soziale und wirtschaftliche Entwicklung“.

An keiner einzigen Stelle geht es um den Geist, der nach Bildung verlangt. Nirgends ist davon die Rede, dass Wissen und Erkenntnis und Klugkeit Werte sind, die man um ihrer selbst willen erstrebt und liebt. Das ist den Initiatoren des neuen Systems wahrscheinlich noch nie in den Sinn gekommen. Das ganze Buch durchweht der Geist eines tristen Materialismus und Utilitarismus. Studium ist Berufsausbildung, gelernt wird für einen bestimmten Zweck, Wissen muss sich auszahlen, alles andere ist schöngestiger Humbug: Das ist die Philosophie, wir könnten auch sagen: die Dogmatik, die jetzt die Universitäten reguliert.

Darum soll der gesamte Lehrstoff in kleinteilige Lehr- und Prüfungseinheiten zerlegt und streng kontrolliert verabreicht werden. Denn im Europa des Wissens glaubt man zwar nicht an den unabhängigen Geist, wohl aber an den Nürnberger Trichter. Und bald wird die Universität nur noch Friedrich Schillers „Brotgelehrte“ kennen, „der nur darum die Kräfte seines Geistes in Bewegung setzt, um dadurch seinen sinnlichen Zustand zu verbessern und eine kleinliche Ruhmsucht zu befriedigen“. Genaueres kann man nachlesen in Schillers akademischer Antrittsrede.

### **Eine Gefahr wird Programm**

Diese Entwicklung hat Karl Jaspers schon 1930 beschrieben in dem berühmten Göschen-Bändchen Nr. 1000 „Die geistige Situation der Zeit“. Da lesen wir, als ginge es bereits um den Bologna-Prozess: „Das Massendasein an Hochschulen hat die Tendenz, Wissenschaft als Wissenschaft zu vernichten. Diese soll sich der Menge anpassen, welche nur ihr praktisches Ziel will, ein Examen und die damit verknüpfte Berechtigung; Forschung soll nur so weit gefördert werden, als sie praktisch auswertbare Resultate verspricht. Dann reduziert Wissenschaft sich auf die verstandesmäßige Objektivität des Lernbaren.“

Statt der Hochschule, wie sie in ihrer geistigen Unruhe des ‚sapere aude‘ (wage es, dich deines Verstandes zu bedienen) lebt, entsteht bloße Schule. Dem Einzelnen wird die Gefahr seines selbst zu suchenden Weges abgenommen durch einen zwangsläufigen Studienplan.“ Was Karl Jaspers als Gefahr beschrieben hat, ist mit dem neuen Studiensystem zum Programm erhoben.

### **Unterschiede kennt man nicht**

„Der Staat muss seine Universitäten weder als Gymnasien noch als Specialschulen behandeln.“ Wilhelm von Humboldt, der dieses Modell vor ziemlich genau zweihundert Jahren vertreten hat, muss ein einfältiger Tropf gewesen sein, wenn das neue System, das in allem die gegenteilige Auffassung vertritt, besser sein soll. Schon die Idee, es müsse ein wesentlicher Unterschied bestehen zwischen Schule und Hochschule, dürfte den Vertretern des neuen Systems grotesk vorkommen. Sie machen ja nicht einmal einen Unterschied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften, die alle über denselben Leisten der Modularisierung geschlagen werden. Den Grundsatz, dass die Methode einer Wissenschaft von ihrem Gegenstand abhängt, braucht man ihnen gar nicht erst zu erklären versuchen.

Derselben Auffassung wie Humboldt war auch John Henry Newman, der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine katholische Universität in Dublin gründete und seine Konzeption in einem Buch zusammenfasste: „The Idea of a University“. Die Universität darf demnach kein Basar sein, wo alles „showy“ ist und auf äußeren Glanz zielt. Sie ist auch „keine Fabrik, keine Werkstatt und keine Tretmühle“. Denn Bildung ist zunächst einmal ein Selbstzweck; sie trägt ihren Lohn in sich. Die Aufgabe der Universität darf man nicht in bloßer Wissensvermittlung sehen. Denn diese führt zu einer Oberflächlichkeit, die ihre eigene Oberflächlichkeit nicht mehr erkennt. Wissenschaft ist nach Newman mehr als eine Ansammlung von Wissen, und genauegenommen sei nicht Wissen Macht, wie das Sprichwort behauptet, sondern Wissenschaft.

### **Feuer ist gut gegen Mäuse**

Auch die Theologie hört auf, Wissenschaft zu sein, wenn sie nur noch als Mittel zum Zweck des Religionsunterrichts und der Predigt gelehrt wird. Und Newman ist der Überzeugung: „Ohne Selbstbestimmung und Unabhängigkeit kann kein großes oder lebendiges Werk gelingen.“ Deshalb sollten an seiner Universität sowohl der Intellekt wie die Religion größtmögliche Freiheit genießen.

Humboldt und Newman waren sich in den Grundsätzen einig. Jetzt haben sich in Deutschland Kirche und Welt zusammengetan, um in allem das Gegenteil dieser Prinzipien zur Herrschaft zu bringen. Ziel der Universitätsausbildung auch in den geisteswissenschaftlichen Fächern soll nicht mehr vorrangig die Ausbildung der geistigen und intellektuellen Fähigkeiten sein, sondern Indoktrination und das Eintrichtern von Wissen. Das geht natürlich nur bei gleichzeitiger Abschaffung der akademischen Freiheit. Im Grundgesetz der Bun-

desrepublik Deutschland steht zwar etwas von Freiheit der Lehre (von Forschung wollen wir hier gar nicht reden), aber Juristen werden uns zweifellos beweisen, dass damit nicht das gemeint sein könne, was wir bisher hatten, und dass mit dem Restchen Freiheit, das den Professoren gelassen wird, dem Buchstaben des Gesetzes vollkommen Genüge getan sei.

Ein Motiv bei vielen Befürwortern der strikten Modularisierung des Studiums ist zweifellos der Missmut über das, was in unserem einleitenden Märchen mit leichter Ironie „das schöne Leben“ unter den alten Verhältnissen genannt wurde. Es ist bekannt, dass akademische Freiheit auch missbraucht wurde als Deckmantel für Schlendrian, Bequemlichkeit und dolce far niente. In einer menschlichen Herde gibt es immer ein paar schwarze Schafe. Aber: *abusus non tollit usum*. Der Missbrauch einer Sache ist kein Einwand gegen sie selbst. Oder geht es hier nach dem Prinzip jenes Bauern, der sagte: „Das ist gut gegen Mäuse“ und seine Scheune anzündete?

### **Machtlos gegen das System?**

Die Ungeheuerlichkeit der staatlichen Zumutungen an die Studierenden und Professoren wird nur noch übertroffen von der Bereitwilligkeit, mit der sich die Betroffenen alles gefallen lassen. Ohne diese Bereitwilligkeit der Betroffenen wäre die Umwandlung der Universität in eine Tretmühle und Lernfabrik gar nicht möglich. Widerstand? Demonstrationen? Boykott? Der berühmte „Aufschrei“? Nichts oder fast nichts von alledem. Man versichert mir von verschiedener Seite, gegen das Hochschulestablishment und die Bildungsbürokratie seien die Hochschullehrer praktisch machtlos. Leben wir denn in einer Diktatur?

Nun können Hochschullehrer als Beamte nicht streiken. Und ihre persönliche Unabhängigkeit und Freiheit wird schon seit Jahren immer mehr beschnitten durch Drittmittelabhängigkeit, leistungsorientierte Besoldung und fragwürdige Evaluationen. Aber nicht einmal die immer noch gegebenen Möglichkeiten des Widerstands sind wirklich ausgeschöpft worden. Auf der hochschulpolitischen Ebene hat nur der Deutsche Hochschulverband eine entschieden kritische Haltung eingenommen. Ist die Mehrheit der Professoren feige oder nur müde? Oder sind sie gar alle oder fast alle für das neue System? Finden sie es etwa besser?

### **Senkung des Niveaus**

Ich persönlich habe noch keinen Kollegen getroffen, der nicht das alte System für weit besser gehalten hätte als das neue. Das mag natürlich von Fach zu Fach etwas verschieden sein. Und natürlich hätte man an dem alten System das eine oder andere reformieren müssen. Aber das neue für insgesamt besser erklären? Unmöglich. Die meisten Kollegen sind sich einig, dass hier mit einem bedeutenden Mehraufwand an Lehre, Prüfungen und Verwaltungstätigkeit eine empfindliche Senkung des Niveaus erreicht wird und erreicht werden soll, faktisch eine Nivellierung von Universität und Fachhochschule. Und dennoch machen alle mit, nur die Juristen und Mediziner halten sich heraus und leisten zumindest hinhaltenden Widerstand.

Der Juristische Fakultätentag scheint sogar der schärfste Kritiker des neuen Systems zu sein. Im Übrigen aber sind alle Fächer dabei, mit etwas Murren, sonst aber klaglos modularisierte Studienpläne zu entwerfen, die auch den bisherigen Diplomstudiengang ersetzen sollen. Man unterwirft sich sogar der Kontrolle von „Akkreditierungsagenturen“, die die Rechtsform gemeinnütziger Vereine haben. Wie konnte es dazu kommen?

In Gesprächen erklären alle Kollegen unisono, man dürfe die neuen Vorschriften nicht so ernst nehmen, man müsse sie hinbiegen, durchlöchern, unterlaufen, Etikettenschwindel betreiben und so „das Beste daraus machen“. Bekämpft man denn ein Monster mit Nadelstichen? Entkommt man dem Moloch mit passivem Widerstand? Oder hat sich die deutsche Intelligenz einfach dem Fatalismus ergeben? Fatalismus trifft man in der Tat allenthalben an. Ältere Kollegen erklären ohne jede Ironie: „Nach mir die Sintflut!“

### **Berufen heißt nicht rekrutiert**

Irgendwie erinnern die Vorgänge an unseren Universitäten an das, was im 23. Kapitel des Matthäusevangeliums den Pharisäern zum Vorwurf gemacht wird: Sie sieben Mücken aus und verschlucken Kamele; sie reden nur, tun aber selbst nicht, was sie sagen; sie schnüren schwere Lasten zusammen und erlegen sie den Studierenden auf, um dann zu versichern, dass sie aus Liebe zu ebendiesen Studierenden das schwere Joch des neuen Systems tragen wollen. Nur diese Haltung macht es möglich, dass die Universität sang- und klanglos ihrer Selbstauflösung entgegenarbeitet. In meiner Schulzeit haben Kirche und Welt einstimmig verkündet, Freiheit sei ein hohes Gut, für das man, wo es gefährdet ist, kämpfen müsse und Opfer bringen.

Da niemand mit mir kämpfen will, bleibt mir nur das Opfer. Ich bin nicht „rekrutiert“, sondern berufen worden. Die wichtigste Voraussetzung für meine Berufung aber ist mit dem neuen System in meinen Augen nicht mehr gegeben. Deshalb habe ich die Entlassung aus dem Dienst beantragt.

## Ein Fanal

Marius Reiser ist seit 1991 Professor für Neues Testament am Fachbereich Katholische Theologie der Universität Mainz. Zum Ende des laufenden Wintersemesters legt er diese Professur aus Widerstand gegen die unter dem Titel „Bologna-Prozess“ betriebene und ihm als unerträglich erscheinende Hochschulreform nieder. Wir drucken seine Begründung für diesen ungewöhnlichen Schritt. Hilfreich dabei zu wissen: Reiser ist Jahrgang 1954, steht also keineswegs kurz vor seiner Emeritierung. Hier nimmt also ein Universitätslehrer die Kosten seiner inneren Überzeugung ganz auf sich. Von seiner Universität und dem rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministerium hat Reiser auf sein Demissionsschreiben bislang keine Antwort erhalten.

Text: F.A.Z.

Quelle: <http://www.faz.net/s/RubC3FFBF288EDC421F93E22EFA74003C4D/Doc~E55AD24DD2C5E472A84CA69FCBA13D3ED~ATpl~Ecommon~Scontent.html>



## Terminhinweise:

**„Von Bologna zum Hochschulfreiheitsgesetz: Auswirkungen gegenwärtiger Bildungspolitik auf die Bergische Universität. Kritik und Alternativen“**

**Mittwoch, 04.02.2009, 19:00 Uhr**

**Vortrag, Wuppertal**

### Referenten:

- Torsten Bultmann, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Bonn
- Prof. Dr. Friedrich Steinle, Uni Wuppertal, Wissenschaftshistoriker

„Mehr Autonomie für die Hochschulen!“ Unter diesem Motto wurde im Oktober 2006 das sog. Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) im Landtag verabschiedet. Damit sollten Universitäten gezielt weiter für Marktmechanismen und externe Interessen geöffnet werden. Trotz einer Vielzahl ablehnender Stellungnahmen bestand die Landesregierung auf diesen Schritt, der zusammen mit dem sog. Bologna-Prozess und den Studiengebühren den neoliberalen Trend in der Hochschulpolitik fortsetzt. Mit dieser Veranstaltung sollen nach mehr als 2 Jahren eine kritische Bilanz zum HFG gezogen und die Auswirkungen auf die Bergische Uni diskutiert werden. Nicht zuletzt geht es auch um Alternativen zur schwarz-gelben Hochschulpolitik.

Torsten Bultmann vom BdWi kann als Experte für Hochschulpolitik über das Konzept der „unternehmerischen Hochschule“ und dessen Umsetzung sprechen. Prof. Friedrich Steinle ist Mitglied im Hochschulrat der Bergischen Universität.

**Veranstalter:** Rosa-Luxemburg-Club Bergisches Land

**Zeit:** 04.02.2009, 19:00 Uhr

**Ort:** Musikübungsraum (M.09.01) der Bergischen Universität



NRW-Bündnis Eine Schule für alle

**Bündnistreffen am 13. Februar, 2009**

Von: 16:00 – 20:00 Uhr

Im: GEW-Büro, Gildehofcenter, Hollestr. 3, 45127 Essen, 9.Etage  
(in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs)



## Fachtagung

des NRW-Bündnisses "Eine Schule für alle"

**Schule der Zukunft**

**auch für das Ruhrgebiet**

Samstag 21.3.2009, 10-16 Uhr

VHS-Essen Burgplatz 1